



GESCHÄFTSORDNUNG DER RECHTSANWALTSKAMMER BAMBERG

beschlossen in der Kammerversammlung vom 10. Mai 2003

zuletzt geändert durch Beschluss der Kammerversammlung vom 27. November 2020

I. VERFASSUNG

§ 1 Mitglieder, Sitz

Die im Bezirk des Oberlandesgerichtes Bamberg zugelassenen Rechtsanwälte und die in diesem Bezirk zugelassenen Rechtsanwaltsgesellschaften sowie die gemäß §§ 206, 209 BRAO Aufgenommenen bilden die Rechtsanwaltskammer Bamberg mit Sitz in Bamberg.

§ 2 Organe, Vertretung

Die Organe der Rechtsanwaltskammer sind die Kammerversammlung, der Vorstand und das Präsidium.

Der Präsident vertritt die Rechtsanwaltskammer gerichtlich und außergerichtlich.

§ 3 Geschäftsjahr

Das Geschäfts- und Rechnungsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 4 Wahlen zum Vorstand und zur Satzungsversammlung

Für die Wahl der Mitglieder des Kammervorstands und der stimmberechtigten Vertreter der Satzungsversammlung bei der Bundesrechtsanwaltskammer gibt sich die Rechtsanwaltskammer Bamberg eine Wahlordnung.

§ 5 Bekanntmachungen

Bekanntmachungen und Veröffentlichungen der Rechtsanwaltskammer Bamberg erfolgen ausschließlich im Mitteilungsblatt der Rechtsanwaltskammer Bamberg. Der Versand des Mitteilungsblatts kann an das besondere elektronische Anwaltspostfach eines jeden Kammermitglieds erfolgen.

II. KAMMERVERSAMMLUNG

§ 6 Ordentliche Kammerversammlung

1. In jedem Geschäftsjahr findet eine ordentliche Kammerversammlung bis spätestens zum Ende des 1. Halbjahres statt.
2. Die Kammerversammlung findet am Sitz der Kammer oder an einem anderen vom Vorstand zu beschließenden Ort innerhalb des Kammerbezirkes statt.
3. Ort und Zeit der Kammerversammlung sind mindestens drei Monate vorher den Mitgliedern im Mitteilungsblatt bekanntzugeben, verbunden mit dem Hinweis, dass Anträge zur Tagesordnung bis spätestens sieben Wochen vor der Kammerversammlung schriftlich an den Kammervorstand zu stellen sind.

4. Die Einberufung der Versammlung erfolgt durch den Präsidenten unter Bekanntgabe der Tagesordnung mit einer Frist von drei Wochen durch Veröffentlichung im Mitteilungsblatt oder schriftlich gegenüber jedem Mitglied der Kammer. Zur Wahrung der Frist gilt die Aufgabe zur Post.

5. Der Präsident setzt die Tagesordnung für die Versammlung fest. Anträge auf Aufnahme bestimmter Gegenstände in die Tagesordnung der nächsten Kammerversammlung sind schriftlich an den Vorstand zu richten. Von mindestens 10 Mitgliedern der Kammer unterzeichnete Anträge, die mindestens sieben Wochen vor der Versammlung bei der Rechtsanwaltskammer eingehen, müssen, andere können nach Entscheidung des Vorstandes in die Tagesordnung aufgenommen werden.

6. Die Kammerversammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.

7. Die Kammerversammlung ist nicht öffentlich. Auf Beschluss des Vorstandes können Gäste zugelassen werden.

§ 7 Außerordentliche Kammerversammlung

1. Außerordentliche Kammerversammlungen sind einzuberufen,
 - a) wenn der Vorstand es beschließt,
 - b) wenn 10 % der Mitglieder (Stand 31.12. des Vorjahres) unter Angabe des zu behandelnden Gegenstandes dies schriftlich beim Vorstand beantragen.
2. Die Vorschriften für die ordentlichen Versammlungen gelten im Übrigen auch für die außerordentlichen Versammlungen.

§ 8 Durchführung der Kammerversammlung

1. Das Mitglied kann sein Stimm- und Wahlrecht nur persönlich ausüben. Er hat sich in die Anwesenheitsliste einzutragen und auf Verlangen den Nachweis seiner Kammerzugehörigkeit zu führen.
2. Der Präsident, im Falle seiner Verhinderung der Erste Vizepräsident, im Falle dessen Verhinderung der Schriftführer und hinwiederum dessen Verhinderung der Schatzmeister führt den Vorsitz, bestimmt die Reihenfolge der Beratungsgegenstände und leitet die Beratung. Er erteilt das Wort in der Reihenfolge der Meldungen. Dem Antragsteller zu einem Tagesordnungspunkt ist zu diesem zuerst das Wort zu erteilen, danach einem etwaigen Berichterstatter. Das Schlusswort ist in der umgekehrten Reihenfolge zu gewähren.
3. Zur Geschäftsordnung ist jederzeit das Wort zu erteilen. Der Vorsitzende kann einen Redner zur Ordnung rufen und nach zweimaligem Ordnungsruf das Wort entziehen. Gegen die Entziehung des Wortes steht dem Betroffenen der sofortige Einspruch an die Kammerversammlung zu, die darüber anschließend ohne Erörterung beschließt.



4. Die Kammerversammlung kann jederzeit auf Antrag eines Mitgliedes die Beschränkung der Redezeit oder den Schluss der Aussprache über einen Gegenstand beschließen. In diesem Fall erhalten nur noch der Berichterstatter und der Antragsteller das Wort.
5. Beschlüsse können nur über Punkte der Tagesordnung, die mit der Ladung angekündigt sind, gefasst werden. Nach Schluss der Aussprache stellt der Vorsitzende den Tagesordnungspunkt zur Abstimmung, gegebenenfalls sämtliche dazu gestellten Anträge, und bestimmt die Reihenfolge, in der über diese abzustimmen ist. Die Abstimmung erfolgt durch Handzeichen. Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit gefasst. Stimmenthaltungen zählen nicht als Stimmabgabe. Auf Antrag von 10 anwesenden Mitgliedern hat die Abstimmung schriftlich und geheim zu erfolgen. Eine Aussprache über diesen Antrag findet nicht statt. Das Abstimmungsergebnis wird vom Vorsitzenden festgestellt. Auf Antrag eines Mitgliedes hat eine Gegenprobe zu erfolgen.
6. Über den Verlauf der Kammerversammlung ist ein Protokoll zu fertigen, das insbesondere die in der Versammlung gefassten Beschlüsse und die hierzu gehörenden Abstimmungsergebnisse enthalten muss. Das Protokoll ist vom Schriftführer und in dessen Abwesenheit von einem durch den Vorsitzenden zu bestimmenden Mitglied zu fertigen und vom Vorsitzenden und dem Protokollfertiger zu unterzeichnen.

III. VORSTAND

§ 9 Vorstand

1. Der Vorstand besteht aus 19 Mitgliedern der Rechtsanwaltskammer Bamberg, die für die Dauer von vier Jahren gewählt werden.
2. Der Vorstand setzt sich zur Sicherstellung der regionalen Repräsentanz zusammen aus
 - fünf Mitgliedern mit einem Kanzleisitz im Landgerichtsbezirk Bamberg,
 - fünf Mitgliedern mit einem Kanzleisitz im Landgerichtsbezirk Würzburg,
 - drei Mitgliedern mit einem Kanzleisitz im Landgerichtsbezirk Aschaffenburg,
 - zwei Mitgliedern mit einem Kanzleisitz im Landgerichtsbezirk Schweinfurt,
 - zwei Mitgliedern mit einem Kanzleisitz im Landgerichtsbezirk Bayreuth,
 - einem Mitglied mit einem Kanzleisitz im Landgerichtsbezirk Coburg und
 - einem Mitglied mit einem Kanzleisitz im Landgerichtsbezirk Hof.

Bei der Wahl der Vorstandsmitglieder erfolgen die Stimm- auszählung und die Feststellung des Wahlergebnisses ge- trennt nach Landgerichtsbezirken.
3. Die Amtszeit des gewählten Vorstandsmitglieds beginnt mit der auf die Wahl folgenden konstituierenden Sitzung des Vorstands und endet vier Jahre später mit der auf die Neuwahl folgenden konstituierenden Sitzung.

4. Der Vorstand kann Abteilungen bilden, denen bestimmte Vorstandsgeschäfte zu selbständiger Führung übertragen werden. Die Zahl der Abteilungen und deren Mitglieder und ihnen übertragene Geschäfte legt der Vorstand vor Be- ginn eines jeden Kalenderjahres fest. Die Abteilungen geben sich in eigener Zuständigkeit eine Geschäftsordnung.
5. Der Vorstand gibt sich eine Geschäftsordnung.

IV. HAUSHALT UND BEITRÄGE

§ 10 Haushalt

1. Über den Haushalt der Rechtsanwaltskammer beschließt die Kammerversammlung in der ordentlichen Kammerversamm- lung.
2. Das Präsidium kann den Schatzmeister ermächtigen bis zur Feststellung des Haushaltsplanes durch die Kammerver- sammlung die notwendigen Ausgaben bis zur Höhe der für das Vorjahr bewilligten Mittel zu leisten und, soweit die Kassenlage es erfordert, angemessene Vorauszahlungen auf den Kammerbeitrag von den Mitgliedern zu erheben. Falls das Beitragsaufkommen die verlangte Höhe nicht er- reicht und zur Leistung der notwendigen Ausgaben die Ein- ziehung weiterer Beiträge erforderlich ist, kann das Präsi- dum die Einziehung von angemessenen Abschlagszahlungen auf den Beitrag des nächsten Jahres beschließen.

§ 11 Fürsorgeleistungen

Die Rechtsanwaltskammer kann auf Grund eines Beschlusses des Vorstandes an hilfsbedürftige Mitglieder und ehemalige Mitglieder der Kammer oder deren Hinterbliebene Unterstüt- zung bezahlen. Ein Rechtsanspruch besteht nicht. Sterbegelder werden auf Grund der bestehenden Sterbegeld- ordnung gewährt.

§ 12 Beiträge

1. Die Kammer erhebt Beiträge, deren Höhe durch die Kam- merversammlung bestimmt wird.
2. Näheres regeln die Beitragsordnung und die Umlageord- nung zur Finanzierung des elektronischen Rechtsverkehrs.

§ 13 Inkrafttreten

Diese Geschäftsordnung tritt am Tag nach der Beschluss- fassung in Kraft. Die in der Kammerversammlung vom 13.04.2018 beschlossenen Änderungen treten am 01.07.2018 in Kraft.

